

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Meckler'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Ström), für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

Nr. 188.

Neuenbürg, Montag, den 14. August 1922.

80. Jahrgang.

Kauzeigenpreis:

Die einseitige Wertzeit ab...
Bei größeren Kulturtagen ent...
Für teilsandige Kulturtag...
wird freierlie Gewerbe über...
genommen.

Preis für den 4.

Bei größeren Kulturtagen ent...
Für teilsandige Kulturtag...
wird freierlie Gewerbe über...
genommen.

Deutschland.

Berlin, 12. August. Laut "B. Z." am Mittag* wird die angekündigte Ausweisung der 500 deutschen Esch-Ausbürger in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der persönlichen Eignung zur richterlichen Tätigkeit erfolgen. Sie wird sich auf Personen erstrecken, die in der Öffentlichkeit das für ein Mitglied eines höchsten Gerichtshofes notwendige Ansehen haben. Die besonderen Interessen der Länder werden bei der Auswahl berücksichtigt werden. Es werden mehrere Senate gebildet und die Besetzung und Geschäftsverteilung unter dem Gesichtspunkt des örtlichen Urbringens der Sachen von den Ländern geregelt.

Berlin, 12. August. Die Reichsregierung wird als Antwort auf die französische Verbältnote in zwei Notizen an Frankreich Einspruch erheben gegen die Ausweisungen aus dem Esch und die "Rektionen". — Die Reichsregierung hat den stellvertretenden Regierungspräsidenten von Köln, Dr. Pabst, zum Staatsvertreter bei der gemischten Kommission und dem Reichsgericht für Oberpflichten ernannt. — Infolge der weiteren Erhöhung der Beamtengehälter, die den Posthaushalt schätzungsweise um weitere 9,5 Milliarden belastet, hat sich das Reichsministerium veranlaßt gesehen, die bisher geplanten Gehaltserhöhungen fallen zu lassen und eine weitergehende Gehaltserhöhung auszuarbeiten, die eine Steigerung bis zu 10 Prozent der bestehenden Gehälter vorsieht. Der Fernbrief würde demnach vom 1. Oktober ab 6 Mark kosten. — Die Reichsregierung hat das Reichswehrministerium über die Vorarbeiten in Hannover, wo es Freitag abend zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Schupo und Reichswehrsoldaten kam, eine Untersuchung einleitet. Das Verhältnis von Reichswehr und Schupo war schon längere Zeit in Hannover gespannt, doch wird dem Vorfall keine besondere Bedeutung nicht beigemessen. — Der Dollar galt am Samstag in Berlin 783 Mark, in Frankfurt bis 786 Mark.

Der neue Hebenach-Scandal.

München, 12. August. Der gestern verhaftete Kaufmann und Journalist Hebenach, der als Schatzverwalter Kurt Eisners, ist gestern eingeleitet worden. Er wird heute gemeinsam mit dem festgenommenen Bekleidungs- und Wäschefabrikanten, Wäber und Käufers, dem Ermittlungsgericht übergeben werden. Ueber das Ermittlungsverfahren werden Mitteilungen vor dem Ablauf des Verfahrens nicht verlautbart werden. Der hiesige Presse ergibt sich jedoch anscheinlich in Verhandlungen, wonach die Weitergabe des im Hebenach-Prozess eine Rolle spielenden Vergehens-Briefes an den "Lembo"-Gesellschaft der Untersuchung sein soll. Da jedoch dieser Brief die ehemaligen Gehalts-Grafen Verzeichnis an den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling vom Gericht in öffentlicher Sitzung verlesen wurde und seine voraussichtliche Bekanntgabe an zuständige amtliche Stelle schon vorher mitgeteilt worden war, ist anzunehmen, daß dem Ermittlungsverfahren noch andere und wesentlich belastendere Momente zu Grunde liegen müssen.

Der Aufschlag auf Oberbürgermeister Scheidemann aufgefährt.

Kassel, 12. August. Die Oberstaatsanwaltschaft teilt mit, daß der Aufschlag auf den Oberbürgermeister Scheidemann, so wie die Tat in Frage stand, nunmehr völlig aufgefährt ist. Die festgenommenen, Oustzer und Oustzer-Scheidemann, haben ein umfassendes Geständnis abgelegt. Danach haben beide die Tat nach vorheriger Beratung gemeinsam ausgeführt. Als sie am Freitagmorgen nachmittags den Oberbürgermeister in die Straßbahn steigen sahen, sind sie ihm gefolgt und während dem ganzen Weges von Wilhelmstraße durch den Wald hinter dem Berganger, Oustzer trug in einem Rucksack eine Kofferhandtasche. Außerdem führten sie eine Metallkoffer mit sich. Auf dem einseitigen Wege nach Müllersruh ließ Oustzer den Oustzer zur Tat her kommen und übernahm die Tasche dem Oustzer mit den Worten "Nun mach". Oustzer hat dann in der bekanntem Weise dem Oberbürgermeister die Kofferhandtasche in die Brust gesteckt. Oustzer hielt sich in der Nähe auf. Als er den Oberbürgermeister fallen sah, ließ er ihn für erledigt und ergriff mit Hast die Flucht. Ueber die Herkunft der Kofferhandtasche und die Verwertung der beiden Kassen, die bekräftigen, in Kassel mitgeführt haben zu haben.

Einigung zwischen dem Reich und Bayern.

Berlin, 12. August. Die zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung am 9. und 10. August 1922 erzielte Verständigung hatten folgendes Ergebnis:

1. Die bayerische Staatsregierung erklärt sich bereit, die mit dem 24. Juli 1922 erlassene Verordnung zum Schutz der Verfassung der Republik spätestens am 18. August 1922 mit Wirkung vom gleichen Tage ab aufzuheben.

2. Die Reichsregierung erklärt:

a. zum Schutzgesetz:

1. für die Abgabe von Untersuchungen an die örtlichen Staatsanwaltschaften und für die Stellung von Anträgen auf Vernehmung zum ordentlichen Verfahren (§ 13 Absatz 3 des Gesetzes zum Schutz der Republik) wird der Gesichtspunkt maßgebend sein, daß zur Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof nur solche Sachen bestimmt sind, deren Bedeutung so erheblich ist, daß ihre Entscheidung durch einen höchsten Gerichtshof des Reiches angemessen erscheint. Die Ueberweisung der Sachen an die örtlichen Behörden wird deshalb die Regel bilden. Insbesondere werden Sachen, deren Interesse sich auf ein einzelnes Land oder auf mehrere örtliche Kreise beschränkt, den Landesbehörden überwiegen werden.

2. Bei Quantitätsnahme polizeilicher Tätigkeit in einem Lande wird der Oberstaatsanwalt sich der polizeilichen Befehle dieses Landes bedienen. Soweit aus besonderen Gründen eine Minderleistung auswärtiger Polizeibeamter in einem Lande nötig wird, werde diese nur im Einvernehmen und zur Unterstützung der örtlichen Stellen tätig werden. Dabei wird erwartet, daß die von dem Oberstaatsanwalt im Rahmen seiner geschäftlichen Zuständigkeit und dieser Richtlinien getroffenen Anordnungen an die Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden der Länder von den Landesbehörden nicht durchkreuzt, insbesondere nicht von der Einholung von Befehlen vorgelegter Landesbehörden abhängig gemacht werden.

3. Bei der Auswahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofes wird jede Einseitigkeit vermieden werden. Die Auswahl wird in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der persönlichen Eignung zur richterlichen Tätigkeit erfolgen. Sie wird sich auf Personen erstrecken, die in der Öffentlichkeit das für ein Mitglied eines höchsten Gerichtshofes notwendige Ansehen haben. Die besonderen Interessen der Länder werden bei der Auswahl berücksichtigt werden. Es werden mehrere Senate gebildet und die Besetzung und Geschäftsverteilung unter dem Gesichtspunkt des örtlichen Urbringens der Sachen von den Ländern geregelt.

4. Durch die politische Entwicklung der letzten Jahre, besonders durch den Erlaß der Gesetze zum Schutz der Republik, ist in den einzelnen Ländern die Befugnis entstanden, daß die Politik der Reichsregierung planmäßig darauf gerichtet sei, die Zuständigkeiten der Länder fortwährend einzuschränken, die letzten Endes ihres staatlichen Charakters zu entfremden und das Reich immer mehr zum Einheitsstaat zu gestalten. Diese Auffassung entbehrt der Begründung. Die Lebensnotwendigkeiten unseres durch äußeren Druck zur inneren Einheitsstaatlichkeit genötigten Reiches haben eine Erweiterung der Zuständigkeiten des Reiches notwendig gemacht. Diese Erweiterung hat aber nach menschlichem Ermessen ihr Ende erreicht. Die Einschränkung der Polizeibefugnis und der Justizbefugnis durch die Schatzgesetz ist zeitlich begrenzt. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches und die Staatspersönlichkeit der Länder sind in der Reichsverfassung anerkannt. Die Reichsregierung ist nicht Willens, über die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Reiches hinaus Hoheitsrechte der Länder an sich zu ziehen. Sie ist der Ueberzeugung, daß die einschneidende Wiederherstellung der Länder der reichen Mannigfaltigkeit deutschen Lebens und deutscher Kultur entspricht und daß die Pflege des Stammesbewußtseins in lebendigen engsten Gemeinwesen die beste Gewähr reichsfördernder Einordnung in das Ganze der Nation bleibt.

München, 12. August. Die Entscheidung Bayerns über das in Berlin getroffene Kompromiß verlagert sich dadurch, daß die Führer der Koalitionsparteien erst noch mit den Fraktionen im Hinblick auf die Verhandlungen zu verhandeln.

Französische Beschwerden-Karte gegen v. Kahr.

Ein Berliner Spätabend-Blatt bringt die Meldung, daß die Entente eine Kollektivnote nach Berlin geschickt habe, in der sie sich über verschiedene Äußerungen des früheren bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr beschwert. — Wie verlautet, ist eine solche tatsächlich gestern hier eingegangen. Das Kabinett hat sich aber bisher noch nicht mit ihr beschäftigt. Es handelt sich um Reden, die schon längere Zeit zurückliegen. Jedenfalls dürfte der Angelegenheit kaum allzu große Bedeutung beizumessen sein.

Ueberrettung des Generalleutnants Scheuch.

Berlin, 11. August. In dem Spruch des von Generalleutnant Scheuch gegen sich selbst beantragten Ehrengerichtes, der die völlige Duldlosigkeit der gegen Scheuch eroberten Beweise ergab, veröffentlicht Generalmajor a. D. Waldemar, der Vorsitzende des Nationalverbandes deutscher Offiziere, im Nachrichtenblatt des Deutschen Offizierverbandes eine Erklärung, in der er von ihm gegen Generalleutnant Scheuch vorgebrachten Anschuldigungen als ungeschicklich zurücknimmt und diesem sein lebhaftes Bedauern ausdrückt.

Die Dienstprämien für die Eisenbahnbeamten.

Ein Erlaß des Reichsverkehrsministeriums gibt Richtlinien für die Steigerung der Personalleistungen während des Herbstverkehrs. Für die in den Fällen besonders gesannter Dienstleistungen tagelichen Mehrleistungen werden den Beamten und Arbeitern Zulagen gewährt. Je nach dem Gehalt betragen sich die Zulagen auf 30, 35 oder 40 Mark, und in den besonders schweren Fällen auf 60, 70 und 80 Mark pro Tag. Die Rangabgrenzung und die Auswärtendienstleistungen des Inhaberstatus werden, soweit die Voraussetzungen für die besondere Zulage vorliegt, auf die gleichen Höhe gebracht. Ueber die Einsetzung der Zulage entscheiden die Präsidenten. Mit der Frage der Erhöhung der Zulagenzulagen steht diese Maßnahme in keinem Zusammenhang.

Ausland.

Paris, 12. August. Man meldet aus London, daß der Gesundheitszustand des Lord Northcliffe unverändert und nach wie vor sehr ernst sei.

Deutsche Pfarrer in Frankreich.

Auf Einladung französischer Protestanten haben eine Anzahl evangelischer Geistlicher das zentrale Gebiet in Nord-Frankreich, insbesondere auch die deutschen Kriegesgräber und die dortigen französischen evangelischen Gemeinden besucht. Sie wurden überall freundlich aufgenommen und haben mit Freunden feststellen können, daß die Erbitterung gegen die Deutschen auch in diesen Gegenden weithin im Schwanden begriffen ist. Die deutschen Gräber werden im allgemeinen gut gepflegt. Auf dem deutschen Soldatenfriedhof von Bierres fast ausschließlich alle, haben die deutschen Pfarrer in einer kollektiven Feier, unter Anwesenheit und Mitwirkung französischer evangel. Geistlicher, einen Ehrenkranz niedergelegt. Beim Wiederansicht, an dem mächtig gearbeitet wird, fanden die viele deutsche Arbeiter beschäftigt im Dienst französischer Unternehmer; viel mehr konnte freilich schon wieder angebaut sein, wenn die Regierung die planmäßige freie Mitarbeit deutscher Unternehmer und Arbeiter zulassen würde.

Durchführung der Ausweisungen aus dem Esch.

Die Pariser Morgenblätter veröffentlichen Telegramme aus Straßburg, wonach gestern die Ausweisung von 100 unliebsamen Deutschen erfolgt ist. In Wirklichkeit umfassen die 500 Unliebsamen eine Gesamtzahl von 1500 Personen, wenn man Frauen und Kinder mitschließt. Die Beschlagnahme der Passnoten und Landbesitz in den esch-leitungsamtlichen Banken ist noch nicht erfolgt. Nach dem "Petit Parisien", welcher eine Liste von etwa 100 Ausgewiesenen veröffentlicht, befinden sich auch Dr. Riggemeyer, ein berühmter Straßburger Arzt, unter den Ausgewiesenen. Wegen der Beschlagnahme der deutschen

Bankguthaben der Ausgewiesenen veröffentlicht der Kommissar eine Erklärung, daß bis jetzt noch keine Beifugung erfolgt sei, so daß den Ausgewiesenen Gelegenheit gegeben sei, ihr Vermögen zu liquidieren.

Enderkung des internationalen Sanier-Ausschusses?

Paris, 12. August. Nach der "Chicago Tribune" soll die Reparationskommission beschlossen haben, den internationalen Sanier-Ausschuss zu erneuertem Zusammenritt in Paris am 15. September einzufordern. Daß die Tagung stattfinden werde, steht fest. Als unmittelbarer Anlaß zu diesem Schritt der Reparationskommission gibt das Blatt eine gestern aus London eingegangene amtliche Mitteilung an, wonach eine Verständigung zwischen Frankreich und England über die Reparationsfrage so gut wie erzielt wäre.

Die Ministerkonferenz in London.

Schwierigkeiten im Meinungsangleich. — Erwartung des Völkerbundes?

Paris, 12. August. Man hatte gestern abend hier in belgischen Kreisen bereits mit einer völligen Klarheit zwischen England und Frankreich in der Lage der Konferenz von London gerechnet. Es scheint sich nun herausgestellt zu haben, daß dieser Optimismus verfrüht war. Die in der Nacht eingeleiteten Nachrichten stellen zwar fest, daß Lloyd George dem französischen Programm ein eigenes englisches Gegenprogramm entgegengestellt habe, daß aber die Italiener und Belgier anerkannt haben, daß es ziemlich schwer sei, diese englischen Gegenvorstellungen mit der französischen Auffassung in Einklang zu bringen. Es sind bis jetzt nur sehr wenig strittige Punkte, bei denen es gelungen ist, zwischen Lloyd George und Boincare eine Verständigung herzustellen, so besonders über die Frage der Prozentigen Ausfuhrzulage, aber in allen anderen Fragen ist man doch ziemlich weit von einem festen Resultat entfernt. Es heißt nun heute früh, daß Lloyd George Boincare vorgeschlagen habe, dem Schiedsgericht des Völkerbundes die in der Schwere befindlichen noch strittigen Punkte zwischen England und Frankreich zu unterbreiten und über die Maßregeln, die man Deutschland gegenüber an die Gewährung eines Moratoriums knüpfen will. Es heißt nun weiterhin heute früh, daß Boincare dieses Anerbieten Lloyd Georges abgelehnt habe. Inwiefern diese Verhandlungen, die nicht offiziell sind, zutreffen, ist natürlich schwerer zu sagen. Man glaubt aber allgemein trotzdem, daß es zu einem abschließenden Kompromiß zwischen den beiden Auffassungen kommen wird.

Paris, 12. August. Der "Petit Parisien" schreibt heute früh die Lage folgendermaßen zusammenfassend, daß der Vertrag in London durch das einige ernste Hindernis in Frage gestellt sei durch den Widerstand, den Lloyd George bei der Beschlagnahme der Staatsforsten und den staatlichen Bergwerken im Ruhrgebiet entgegenstellt. Das Blatt meint, man müsse darauf hindeuten, daß die französische Delegation bereits auf der Teilnahme an dem Rational in dem Kapital gewisser deutscher Industrien Wert zu legen, ebenso wie die Einschränkung der Brückenköpfe am Rhein durch eine ähnliche Zollgrenze. Das Blatt weist darauf hin, daß das Projekt dieser Zollgrenze vor allen Dingen auf den Widerstand der Belgier getroffen sei, da eine solche Grenze die Ausfuhr nach Deutschland ebenso wie den Warenverkehr von Antwerpen bedeutend hindern würde. Inwiefern Boincare diese beiden Punkte in dem französischen Programm fallen lassen. Das Blatt sieht darin einen Anlaß, Lloyd George anzufragen, in der Frage der staatlichen Forsten und Bergwerke das Beispiel Boincares nachzuahmen und ebenfalls Konzessionen in diesen beiden Punkten zu machen. Falls dies nicht eintreten sollte, sieht das Blatt nur schwer einen Ausweg aus der Sackgasse, in welche sich die Konferenz verlaufen habe.

Neue Rüdenklärung für Lloyd George.

London, 12. August. Wie Reuters erfährt, hat das Kabinett Lloyd George bezüglich der Verhandlungen über ein Moratorium für Deutschland seine volle Unterstützung zugesagt.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Auf Grund der im Juni und Juli ds. J. abgehaltenen Prüfungen an den evang. Lehrerbildungsanstalten des Landes sowie an der Lehrerbildungsanstalt in Markgröningen sind nachstehende Lehramtsbewerber und Lehramtsberechtigte zur anstehenden Verwendung im Volksschuldienst für befähigt erklärt worden: Glauner, Gustav, von Grafenhausen, Stahl, Karl, von Birkenseld und Schumacher, Helene, von Grafenhausen.

Neuenbürg, 12. Aug. Der Besuch der von den politischen Parteien veranstalteten Feier des Verfassungsstages am heutigen Abend im Volkshaus zum "Bären" zeigte leider nicht die Beteiligung, welche den Zweck, dem sie dienen, rechtfertigte. Soll man es Gleichgültigkeit oder Verdrossenheit und Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen nennen? Eines ist so wenig strittig wie das andere. Das Verdrägen ist die Reichsarbeit über die Parteien, so sollte bei derartigen Veranstaltungen die Parole lauten, von der sich jeder leiten lassen muß. Schon die großzügig angelegte Rede von Schulz Red, welche ein Meisterstück nach Aufbau und in ihren Einzelheiten genannt werden kann, hätte einen vollen Saal verdient. Sie konnte jeder, gleichviel welche politische Genugung er hatte, unterschreiben. Eines möchten sich alle jene merken, welche durch Unzufriedenheit glänzten: Mit Reichsverdrossenheit, Gleichgültigkeit und den allbekannten Klagen ändern wir an unserer schlimmen Lage nichts, es gilt für jeden Einzelnen zu handeln je nach Lage der Umstände. Die Feier wurde eingeleitet durch einen Willkommensgruß von Stadtschultheiß Knobel, der voraussagte, daß außer der Festrede und den nötigen Worten des Vorsitzenden keine weiteren Reden gehalten werden sollen. Der Präsident, Herr Schulz, redete und sprach die Rede der Reichsarbeit, wie ich nach dem Verlauf der Rede die Wiederherstellung der Reichsarbeit, an dem vor 3 Jahren die deutsche Nationalversammlung die neue Reichsverfassung für die junge Republik verabschiedete. Dadurch war eine Rechtsgrundlage und die Möglichkeit geschaffen, nach außen die unabweisbare Auf-

man aus der Sachlage herauskommen könne, in die die Meinungsverschiedenheiten der französischen und britischen Delegierten in der Frage der deutschen Staatsforsten und Staatsbergwerke geführt hätten. Es scheint logisch anzunehmen, daß man zu folgenden Feststellungen gelangt sei: Einestheils wäre es unmöglich, für den Augenblick eine Änderung in der Darlegung des französischen oder englischen Premierministers in dieser Frage zu erhoffen; andererseits aber seien die 3 Delegationen der demnächstigen Verhandlung der Frage einer internationalen Reparationsanleihe, die der britische Vorschlag enthalte, vollkommen günstig gesinnt. Aber in Paris und in Rom halte man es für unerlässlich, die Frage einer Reparationsanleihe nicht zu trennen von der allgemeinen Regelung der interalliierten Schulden. Unter Verdrückung dieser Ten-

den sei es unwahrscheinlich, daß man die Zustimmung der französischen, belgischen und italienischen Delegierten erhalte zu einem Vorschlag, der darauf abziele, provisorisch die allgemeine Regelung des Reparationsproblems bis auf etwa 2 Monate zu vertagen. Erst dann würden die Alliierten entscheiden, zu welchen Bedingungen man Deutschland ein Moratorium für seine Verzinsungen glaube bewilligen zu können. Während dieser langen Zeitdauer müsse das Reich fortfahren, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Dieser Vorschlag, der darin bestünde, die Lösung der Reparationsfrage um einige Wochen zu verschieben, um alsdann die Befriedung des Problems in vollem Umfang wieder aufzunehmen, würde eine Abänderung erfordern, nämlich die eines kurzfristigen Moratoriums von 6 bis 8 Wochen gegen weniger umfassende und der Zeit mehr ange-

paßte Garantien, wie Beschlagnahme der Zollentnahmen und die Abrogation der Abgabe von der Ausfuhr, über die man die reits eine Einigung erzielt habe. Unter diesen Umständen würde eine provisorische Maßnahme sehr Angelegentlichkeiten in der Weise in kurzer Frist einigen, um die 3 Fragen: Zahlung Deutschlands, Mobilisierung der deutschen Schulden durch den Anleihe, Regelung der Frage der interalliierten Schulden, zu lösen.

London, 12. August. Wie Reuters erfährt, sind die Verhandlungen des Sachverständigenausschusses über die Kontinuität der deutschen Bergwerke und Forsten auf einem toten Punkt angelangt. Die Angelegenheit geht nun an die Ministerkonferenzen zurück. Die Meinungen zwischen den Alliierten ist tief auseinander.

Höchstpreise für Mehl und Brot.

Infolge Beschlusses des Reichsausschusses sind die Einstandspreise für das der öffentl. Bewirtschaftung unterliegende Mehl von der Reichsgetreidekasse mit Wirkung vom 16. August 1922 an erheblich erhöht worden. Dieser Umstand, sowie die fortschreitende Teuerung auf allen Gebieten macht eine neue Festsetzung der Mehl- und Brotpreise erforderlich. Diese betragen nun für Kommunalverbandsmehl und Brot vom 16. August 1922 an:

I. Großhandelspreis
einschließlich der Zufuhr zu den Versorgungsstellen für 100 kg bei Abgabe durch

	Komm.-Verband	Gemeinde
85% Weizenmehl	1583.—	1587.—
85% Roggenmehl	1511.50	1515.50
Krautermehl	1766.—	1770.—
Brotmehlmischung	1572.—	1576.—

II. Kleinhandelspreis:

85% Weizenmehl	17.50 für 1 kg
85% Roggenmehl	16.80 für 1 kg
Krautermehl	19.50 für 1 kg
Brotmehlmischung	17.40 für 1 kg

III. Brotpreis:

1 Hausbrot zu 1000 g	14.80
1 „ „ 500 g	7.40

Neuenbürg, den 12. August 1922.
Kommunalverband:
Stellvertreter: Amtmann Bareth.

Bieh- und Schweinemarkt

in Neuenbürg am Mittwoch, den 16. August 1922.
Der Bieh- und Schweine-Markt wird unter Einhaltung folgender Bedingungen gestattet.

1. Klautiere aus Sperr- und Beobachtungsgebieten dürfen nicht zugeführt werden.
2. Alle zu Markt gebrachten Klautiere sind vor dem Auftrieb durch den beamteten Tierarzt untersuchen zu lassen. Vor dieser Untersuchung sowie außerhalb des Marktverkehrs ist jeder Viehhandel verboten.
3. Personen aus verbotenen Orten, sowie Viehhändler aus Sperr- und Beobachtungsbezirken dürfen den Markt nicht besuchen.
4. Viehhändler haben für ihre Tiere ärztliche Gesundheitszeugnisse, sowie Ursprungszeugnisse, Schweinehändler amtstierärztl. Gesundheitszeugnisse, sowie Ursprungszeugnisse, beizubringen.
5. Der Markt beginnt um 1/8 Uhr.
6. Nichteinhaltung der Vorschriften hat Zurückweisung vom Markt und Bestrafung wegen Verletzung gegen die feuchtpolizeilichen Bestimmungen zur Folge.

Neuenbürg, den 12. August 1922.
Oberamt:
Amtmann Bareth, A. B.

Aufhebung der Rücklieferungsprämie für Leihfäcke des Kommunalverbandes.

Der Kommunalverband hat seither den Gemeinden, Bäckern und Kleinhändlern eine Rücklieferungsprämie für seine Leihfäcke bezahlt, die letztmals am 18. Februar 1922 an in Wegfall. Eine Ausnahme wird zugelassen für die vor dem 16. August 1922 ausgegebenen Säcke. Für diese wird die Prämie noch bezahlt, sofern sie bis zum 22. August 1922 an das Kommunalverbandslager zurückgegeben sind. Für künftig kann die Mehlabgabe von der berechtigten Rücklieferung der Säcke abhängig gemacht werden.

Neuenbürg, den 12. August 1922.
Geschäftsstelle des Kommunalverbands:
Kübler.

Wirt. Amtsgericht Neuenbürg.

In das Genossenschaftsregister ist heute bei dem **Carlehenossenschaftsverein Igelsloch**, e. G. m. u. H. in Igelsloch, eingetragen worden: In der Generalversammlung vom 25. Juli 1922 ist das Vereinsstatut durch Annahme einer neuen Satzung durchgreifend geändert worden. Das Vorstandsmittglied **Johann Kusterer** ist ausgeschieden und dafür neu gewählt: **Friedrich Vertsch**, Landwirt in Igelsloch.
Den 10. August 1922.
Obersekretär Darr.

Wirt. Amtsgericht Neuenbürg.

In das Handelsregister Abt. für Ges.-Firmen, ist bei der Firma **Fremdenheim Bergfrieden** (vormals Montebello) G. m. b. H., Sitz Wildbad, am 10. August 1922 eingetragen worden: Die Firma ist geändert worden in **Hotel und Kurhaus Bergfrieden** (vormals Montebello) Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Das Unternehmen ist zu einem Hotelbetrieb erweitert. Das Stammkapital ist auf 100000 Mark erhöht.
Den 11. August 1922. Obersekretär Darr.

Liefer- und Tannenlangholz-Verkauf

Das Groß. Forstamt Kallendronn in Gernsbach (Baden) verkauft freihändig aus den Kallendronner Waldungen, Abteilungen 22, 44, 48, 67, 81:
Lieferstämme (Qualitätshölzer): 2 Fm. I., 35 II., 104 III., 88 IV., 48 V.
Lieferabstämme (Qualitätshölzer): 9 Fm. II., 6 Fm. III.
Tannenstämme: 560 Fm. I., 259 II., 251 III., 164 IV., 125 V., 49 VI.
Tannenabstämme: 138 I., 96 II., 41 III.

Auszüge und Angebotsformulare durch das Forstamt. Verkaufstermin: 19. 8. 22.
Das Holz wird vorgezeigt durch die Forstschutzbeamten Lauer in Dürreng (Post Reichental, Amts Rastatt), Rheinhardt in Brotenau (Post Reichental, Amts Rastatt), Dientel in Kallendronn (Post Reichental, Amts Rastatt) und Schultheiß in Rombach (Post Enzklösterle, Württemb.)

Einige tüchtige Arbeiter

auf Combinationen in gutbezahlte Dauerstellung gesucht.
Filiale Scholl A.-G.,
Neuenbürg, Kunstmühle.

Tüchtiger Fasser

auf echte Steine und Juwelen-Imitationen sofort gesucht.
August Bleyer, Bijouteriefabrik.

Tücht. Weißnäherinnen

für dauernde Beschäftigung per sofort oder später gesucht.
Sal. Sigmann, Wäschefabrik, Pforzheim,
Ecke Leopold- und Ferrennerstr.

Bieh-Verkauf.

Mittwoch, den 16. August 1922,
von morgens 7 Uhr ab,
steht
im Gasthaus zum „Löwen“ in Calw
ein sehr großer Transport

erstklassiger, junger Milch-
kühe, Kälberkühe, trächtiger
Kühe, schwerer, hochträchtiger Kalbinnen,
starker Zugochsen und Zugtiere, sowie
schönes Jungvieh

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlichst einladen
Rubin und Max Löwengardt.

Tüchtiges, älteres, in allen Hausarbeiten, sowie im Kochen erfahrene

Mädchen

für gut bürgerl. Haushalt (drei Kinder, Pflegerin vorhanden)
gesucht.
Hausskleider und Schürzen werden gestellt. Lohn einschl. Kleidungszulage 500-600 M. monatl. Gute Verpflegung und Behandlung zugesichert.
Vorzustellen mit Zeugnissen bei Frau **S. Sahmann, Karlsruhe i. S.,** Poststr. 12, gegenüber Bahnpf.

Kaufe

Gold, Platin, Silber
zur gewerblichen Verarbeitung.
August Meisch, Pforzheim,
Edelmetallhandlg., Engstr. 39,
Telefon 3468.

Herrenalb.

Wir suchen für die Bedienung unseres Elektrizitätswerkes einen jüngeren

Maschinenwärter,

womöglich gelehrten Schlosser. Bewerbungen erheben an den
Stadtschultheißenamt.

Tüchtiger Dreher u. Werkzeugmacher

gesucht. Bei Zufriedenheit Dauerstellung.
Angebote unter Nr. 8966 an die „Enztäler“-Geschäftsstelle erbeten.

Arndach, den 13. August 1922.

Codes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung daß mein lieber Name, unser guter Vater und Onkel

Jakob Profz, Sensenschmied

Sonntag abend 1/11 Uhr im Alter von 52 Jahren unerwartet rasch durch einen Unglücksfall verschieden ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Die Gattin: **Emilie Profz**, geb. Diez, mit Söhnen **Wilhelm und Karl.**

Beerdigung: Dienstag abend 6 Uhr.

Oberamtstadt Neuenbürg.

Brotkarten-Abgabe

am Dienstag, den 15. August, nachm. 3-4 Uhr Nr. 1-350, nachm. 4-5 Uhr Nr. 351 bis Schluß.

Ohne Ausweis werden keine Karten an andere als Familienangehörige abgegeben.
Städt. Lebensmittelstelle.

Neuenbürg.

Zu verkaufen:

Neue u. getragene Herrenanzüge, ebenso schöne schwarze Herrenüberzieher zu neuem billigen Preisen.

Karl Finkbeiner,
Wildbaderstraße 158.

Schwann.

Garbenbänder,

sehr stark, empfiehlt
Carl Reiter.

Büchendon.

Hobelbank

zu kaufen gesucht.
Gottl. Regelmann.

Zu kaufen gesucht:

Sägewerk

mit Wasser od. Dampfkraft mit oder ohne Wohnhaus. Gefl. Offerte erbitte unter Nr. 2436, Sägewerk, an die Geschäftsstelle des Enztälers.

Kaufe

Gold, Platin, Silber
zur gewerblichen Verarbeitung.
August Meisch, Pforzheim,
Edelmetallhandlg., Engstr. 39,
Telefon 3468.

Landhäuser

und Güter für Ausländer deutschen zu kaufen gesucht.
M. Busam, Karlsruhe,
Herrenstraße 33.

Drillanzüge, Blaue Arbeitsanzüge, Sommer-Leinenkittel, Arbeitsmäntel, Windjacken, Feldgraue Hosen, Manchester-Hosen, Zwirnrosen u. Engl. Lederhosen

offert
Weintraub's
An- und Verkaufsgeschäft
Karlruhe,
Kronenstraße 52.

Disiten-Karten

liefert rasch und billig
G. Meisch'sche Buchdruckerei

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...

Stuttgart, 14. August
...
Stuttgart, 14. August
...